

Für die Wiederherstellung der Kaufkraft von Renten und Löhnen

Mobilisierung in Madrid am 15. Oktober

21/07/2022

Wir, Rentner und aktive Arbeitnehmer, leiden unter einem kontinuierlichen Verlust an sozialen Rechten und der Einschränkung von Freiheiten, insbesondere seit der Krise von 2008, die den Staat in eine enorme Staatsverschuldung stürzte, um die Banken zu retten, was zu schweren Einschnitten für die Bürger führte.

Die Epidemie hat gezeigt, wie sich der Abbau der öffentlichen Dienste auf die Fähigkeit der Bürger auswirkt, dem COVID Störn zu bieten, und diente einmal mehr als Vorwand, um **ganze Bereiche des Wohlfahrtsstaates zu zerschlagen und zu privatisieren**. Der Krieg wird nun als Vorwand für weitere Opfer benutzt. Mit dem Hinweis, dass es keine Mittel für den Schutz der Bevölkerung, für Gesundheit, Bildung oder Renten gibt, sollen die Militärausgaben von 1,2 % auf 2 % des öffentlichen Haushalts erhöht werden.

Wir haben gesehen, dass die Privatisierung der Bereitstellung von sozialen Rechten wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Heimpflege in Form von Privatunternehmen und Outsourcing zu einer **deutlichen Verschlechterung der Leistungen und einer ernsthaften Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in diesen Sektoren** führt. Aber da die Finanzmächte unersättlich sind, erzwingen sie jetzt ein Gesetz zur Förderung der betrieblichen Altersvorsorge, mit der Komplizenschaft der politischen Autoritäten und einiger Gewerkschaften, um die Verwaltung der Sozialbeiträge für die gesetzlichen Renten zu übernehmen und zu privatisieren.

Wir leiden unter den Folgen des exponentiellen Anstiegs der Staatsverschuldung und des Defizits zur Rettung des Finanzsystems und der Einführung einer Steuerpolitik, die Kapitaleinkommen auf Kosten von Arbeitseinkommen begünstigt und den Steuerbetrug von Unternehmen erleichtert. Ein Beispiel: Im Jahr 2021 erzielten börsennotierte Unternehmen Gewinne in Höhe von 64,021 Milliarden Euros, darunter Energieerzeuger in Höhe von 10,117 Milliarden Euros, was einer Vervierfachung gegenüber den Jahren 2020 und 2019 entspricht.

Wir befinden uns nicht nur in einer Krise, sondern auch in einem organisierten Raubzug, der den Menschen das Einkommen aus der Tasche zieht und damit die Gewinne der Finanz-, Energie- und Rohstoffoligopole mästet. Nicht die Löhne und Renten sind die Ursache für steigende Preise, sondern diejenigen, die in einem Monopolssystem die Preise festlegen, um ihre Gewinne zu erhalten und zu steigern. Im Jahr 2022, zusätzlich zu den Einbußen im Jahr 2021 (3% bei den Renten), sind die Löhne im Durchschnitt um 2,4 % und die Renten um 2,5 % gestiegen, während der Verbraucherpreisindex (IPC) um 10,2 % zugenommen hat.

Es handelt sich um eine wirtschaftliche, ökologische und soziale Krise, die mit einem Szenario von Kriegen für den Kampf um die internationale wirtschaftliche Vorherrschaft mit der Abzweigung erheblicher öffentlicher Mittel für die Militärindustrie und die Armee projiziert wird.

Neben dem Verlust von Freiheiten, zunehmender Repression und Autoritarismus, wird die **ungleiche Verteilung des Reichtums durch die zunehmende Aneignung öffentlicher Mittel durch**

die Finanzoligopole zu Lasten der für Löhne, Renten, Sozialausgaben und ein sozial und ökologisch effizientes Entwicklungsmodell vorgesehenen Mittel noch verschärft.

Im Herbst wird der **Kampf um die gerechte Verteilung des Reichtums und die Gleichstellung der Geschlechter entscheidend sein, insbesondere bei der Verteidigung der Löhne und Renten (neue Kürzungen unter dem Euphemismus des Einkommenspakts)** und bei der Verbesserung und Verteidigung der universellen und gemeinschaftlichen öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung und soziale Gesundheits- und Pflegeversorgung, die Ziel aller Arten von Kürzungen und Privatisierungsprozessen sein werden.

In diesem Zusammenhang werden die unterzeichnenden Plattformen und Bewegungen von Rentnern aus den verschiedenen Städten und Regionen des Staates **am 15. Oktober in Madrid** mobilisieren und eine Demonstration vor dem Abgeordnetenhaus veranstalten, bei der Zehntausende von Unterschriften für die Erhöhung der Renten entsprechend des jährlich kumulierten Verbraucherpreisindex (IPC), für eine Mindestrente von 60 % des Durchschnittslohns und die Ablehnung der Privatisierung des gesetzlichen Rentensystems (SPP) übergeben werden. Wir werden auch die Durchführung der im Gesetz 21/2021 vom 28. Dezember beschlossenen Prüfung der Konten der Sozialversicherung fordern, die noch nicht durchgeführt wurde, obwohl seit der Verabschiedung dieses Gesetzes mehr als sechs Monate vergangen sind und dies laut Gesetzestext die maximale Frist für die Prüfung war.

Dies wird der erste Schritt einer **allgemeinen Mobilisierung sein, die wir im November** in den Städten und Regionen des Staates durchführen werden, bis wir die uns aufgezwungenen Gegenreformen rückgängig machen, die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei Löhnen und Renten beenden, die durch die aufeinanderfolgenden Rentenreformen verloren gegangenen Rechte zurückgewinnen, eine gerechte Verteilung des Reichtums schaffen und die universellen öffentlichen und kommunalen Dienstleistungen hoher Qualität verbessern und garantieren.

Wir rufen Rentner*Innen und Rentnerplattformen, Arbeitnehmer*Innen und alle sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen, die diese Ziele teilen, ausdrücklich auf, sich an der Mobilisierung zu beteiligen. Jeder ist willkommen.

Wer auch immer regiert, die Renten und Rechte müssen verteidigt werden !!!

Am 15. Oktober, alle nach Madrid !!

ASJUBI40 (Asociación Jubilación Anticipación Anticipada sin Penalizar),
COESPE (Coordinadora Estatal por la Defensa del Sistema Público de Pensiones),
EHPM (Movimiento de Pensionistas de Euskal Herria),
MADPP (Movimiento Andaluz en Defensa de las Pensiones Publicas),
MODEPEN (Movimiento Galego en Defensa das Pensións e os Servizos Públicos),
UNIDAD COESPE
PLATAFORMAS DE PENSIONISTAS de Badajoz, Móstoles ...